

# Die Lage des Presse- und Zeitschriftenwesens in Deutschland

Autor(en): **Müller, Karl H. / V.G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335964>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KARL H. MÜLLER

## *Die Lage des Presse- und Zeitschriftenwesens in Deutschland*

*Obwohl die «Rote Revue» im Dezember 1947 einen Aufsatz über die deutsche Presse bereits publiziert hat, geben wir auch dem Bericht eines in Deutschland lebenden Mitarbeiters Raum, der dasselbe Thema behandelt.*

V. G.

Berlin, im Januar 1948

In den letzten Schreckenstagen des Hitlerreiches erschienen keine Zeitungen mehr, sondern lediglich von Propagandastellen der Nazipartei herausgegebene Flugblätter, die neben dem immer lakonischer werdenden Wehrmachtbericht und einigen wenigen, meist erfundenen Auslandmeldungen großartige Aufrufe zum «siegreichen Endkampf» enthielten. Nach der Kapitulation folgte eine Zeit, die sich in manchen Gebieten einige Wochen lang hinzog, in der die deutsche Bevölkerung ohne irgendwelche gedruckten Informationen auskommen mußte. Da in vielen Gegenden überdies die Stromversorgung ausgefallen war, bestanden nur geringe Möglichkeiten, sich durch Radio zu unterrichten. Während dieser auch in sonstiger Hinsicht sehr unsichern Zeit waren die tollsten Gerüchte im Umlauf, die aber keinen großen Schaden mehr anrichten konnten, weil fast jeder mit der Regelung seiner persönlichen Angelegenheiten vollauf zu tun hatte.

Ganz allmählich erwachte das Zeitungswesen zu neuem Leben. Sehr rührig zeigte sich die Rote Armee, die bereits in der ersten Maihälfte 1945 in Berlin die noch heute erscheinende «*Tägliche Rundschau*» im Großformat des früheren «*Völkischen Beobachters*» herausbrachte. Kurze Zeit darauf trat die KPD mit ihrem neuen Organ «*Neues Deutschland*» (und nicht, wie eigentlich zu erwarten war, mit der «*Roten Fahne*») auf den Plan. Etwas später folgte die Christlichdemokratische Union (CDU) mit der «*Neuen Zeit*» und in weiterem Abstand die Liberaldemokraten (LDP) mit «*Der Morgen*». In derselben Reihenfolge, aber naturgemäß entsprechend langsamer, verlief die Entwicklung in der übrigen russischen Zone. Auch in den drei Westzonen wurden, nachdem das Eis einmal gebrochen war, Zeitungslizenzen in rascher Folge erteilt. Heute erscheinen in allen vier Besetzungszonen, einschließlich Berlins, wieder rund 200 Zeitungen und über 600 Zeitschriften, davon in

Berlin 16 beziehungsweise 66. Diese ziemlich eindrucksvollen Zahlen erhalten jedoch ihr tatsächliches Gewicht erst durch einen Vergleich mit den entsprechenden Vorkriegszahlen. 1928 gab es im damaligen deutschen Reichsgebiet rund 3300 Zeitungen und über 6000 Zeitschriften, davon allein in Berlin 147 beziehungsweise 2500 (1935, nach zweijähriger «Gleichschaltung», waren davon in Berlin allerdings nur noch 83 beziehungsweise 1500 übriggeblieben).

Berlin gilt heute als das deutsche Zeitungsparadies. Dafür gibt es mehrere Gründe. Es erscheint hier nicht nur die relativ größte Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften an einem Ort, sondern man kann sie auch, sofern man Lust dazu hat, abonnieren oder kaufen, was überall sonst in Deutschland wegen der geringen Auflagenhöhe auf mehr oder weniger große Schwierigkeiten stößt. Außerdem sind auch die Presseerzeugnisse aus den andern Zonen, zum Teil sogar auch schon ausländische («Manchester Guardian», «Daily Herald», «New York Times», «Time» usw.), wenn auch nur in beschränkter Anzahl, erhältlich. Der besondere Reiz der Berliner Journalistik selbst liegt jedoch in ihrer Lebendigkeit, Aktualität und kämpferischen Haltung. Als Sitz des Alliierten Kontrollrats und von einer Viermächte-Kommandantur verwaltet, gehört die ehemalige Reichshauptstadt heute zu den Brennpunkten, wo die gegenwärtigen weltpolitischen Gegensätze und Spannungen am schärfsten und sichtbarsten zutage treten. Diese außergewöhnliche Situation findet natürlich gerade in der Presse ihren deutlichen Niederschlag. Die parteipolitischen Differenzen werden hier mit einer Heftigkeit und oft auch Rücksichtslosigkeit ausgetragen, wie man sie in den Westzonen gar nicht kennt, weil dort die KPD praktisch inexistent ist und die übrigen Parteien sich nur die üblichen parlamentarischen Gefechte liefern. In der «Zone des Schweigens» wieder, wie die Ostzone häufig genannt wird, übt die SED bereits eine so totale Herrschaft aus, daß es nur noch zu «einheitlich geschlossenen» Meinungsäußerungen kommt. In Berlin dagegen wird jede Frage zwangsläufig auf die Ebene grundsätzlicher Bedeutung gehoben und bis zum konsequenten Entweder-Oder zugespitzt – wo sie dann allerdings auch meist unerledigt liegen bleibt. Die wachsende Auseinandersetzung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion trägt zur Verschärfung der schwierigen Lage bei. In zunehmendem Maße bedienen sich beide Seiten der Berliner Presse bei der Darstellung ihres Standpunktes und der Durchsetzung ihrer Interessen. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz ist schließlich Berlin selbst, sein Besatzungsstatus und damit seine nackte Existenz, in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, wodurch die Stadt und ihre Presse noch interessanter, das Leben in ihr aber noch aufreibender wird.

Eine Ausnahmesituation, wie sie zurzeit in Berlin besteht, gibt die einzigartige Möglichkeit, in täglicher, ja stündlicher Beobachtung Feststellungen zu treffen, Vergleiche zu ziehen und Widersprüchen an Ort und Stelle auf den Grund zu gehen. Jeder, der die Hintergründe und Seitentüren des internationalen Journalismus kennt, weiß, wie schwierig und oftmals sogar aussichtslos es ist, zum wahren Sachverhalt, der einer Meldung oder vertretenen Auffassung zugrunde liegt, vorzustoßen. Auch in Berlin lassen sich natürlich nicht alle Rätsel und Geheimnisse des bunten Blätterwaldes restlos entschleiern. Aber ob es sich um die Darstellung und Deutung internationaler oder innerer Ereignisse, um die Berichterstattung über die Londoner Konferenz oder das so häufige spurlose Verschwinden von Menschen handelt – fast immer kann man nach sorgfältiger, unparteiischer Prüfung feststellen, daß die kommunistisch orientierte Presse objektive Tatbestände verfälscht oder völlig unterschlägt. Dem Ganzen liegt ein einheitliches und simples Schema zugrunde. Der Marxismus-Leninismus – die allein seligmachende Weltanschauung und einzig wissenschaftliche Methode; die Sowjetunion – Vorkämpferin für einen gerechten Frieden und Paradies der Werktätigen; Stalin – der Führer der Völker; Pieck (Vorsitzender der SED) – der Führer der Deutschen; die Ostzone – Musterbeispiel einer echten «Volksdemokratie»; die kommunistische Presse – Verteidigerin der «wahren Interessen des Volkes». Und alles, was diesen Thesen widerspricht, wird als reaktionär, faschistisch und kriegshetzerisch angeprangert. Auf dieser Schwarz-Weiß-Grundlage, verschärft durch eine primitive und oft grobe Sprache, versuchen die Kommunisten, ihre Massenbasis zu erweitern. In Berlin ist ihnen dies, trotz dem großen Aufgebot an Zeitungen und Zeitschriften, bisher nicht gelungen. In der Ostzone, wo trotz dem interalliierten Abkommen über den ungehinderten Austausch von Nachrichtennitteln die SED-Presse praktisch das Feld beherrscht, mehren sich die Anzeichen einer, wenn auch langsamen, so doch fortschreitenden Ausbreitung des kommunistisch beeinflussten Denkens. Während im russisch-beherrschten Teil Deutschlands alles geschieht, um die Verbreitung nichtkommunistischer Druckerzeugnisse zu behindern – die Bespitzelung beginnt auf der Post und endet beim lieben Nachbarn –, ergießt sich ein Strom von kommunistischer Propaganda in die westlichen Zonen. Die Westmächte haben gegen diese einseitige Anwendung des oben erwähnten Abkommens noch nicht offiziell protestiert. Offenbar halten sie einen solchen Protest für überflüssig, solange die massive kommunistische Propagandawelle keine bedrohlichen Auswirkungen zeitigt. Dies ist bisher nicht der Fall gewesen. Wo die kommunistische Propaganda mit andern Auffassungen in Konkurrenz treten muß, gerät sie unweigerlich ins Hintertreffen.

Dieser kurzen Charakteristik der russisch-lizenzierten Presse ist wohl nichts mehr hinzuzufügen. Jede Zeile bestätigt die Tatsache, daß sie einer totalen Reglementierung unterliegt und auf die jeweiligen Bedürfnisse der russischen Besatzungsmacht ausgerichtet ist.

Etwas komplizierter sind die Verhältnisse in den *westlichen Zonen*, einschließlich der westlichen Sektoren von Berlin. Die amerikanische Militärregierung hat von Anfang an größten Wert darauf gelegt, eine «unabhängige» deutsche Presse ins Leben zu rufen. Sie erteilt Lizenzen grundsätzlich nur an Privatpersonen, denen es dann allerdings freisteht, die ihnen zusagende Auffassung zur Geltung zu bringen. So erscheint zum Beispiel im amerikanischen Sektor von Berlin das theoretische Organ der Berliner SPD, «*Das sozialistische Jahrhundert*», das unbehindert sämtliche Fragen der marxistischen Theorie und Praxis behandeln kann. Noch ein anderes Beispiel für die hier herrschende Freizügigkeit. Als im Frühjahr 1946 in der Ostzone und in Berlin die Vereinigung von SPD und KPD zur SED auf dem Wege einer gewaltsamen Überrumpelung erfolgt war, usurpierte die neugebackene Einheitspartei das seinerzeit russisch-lizenzierte Organ der SPD, den «Vorwärts». Bis zur Gründung des neuen Parteiblattes «Der Sozialdemokrat» stellte die unabhängige bürgerliche Zeitung «Der Tagesspiegel» täglich einige Spalten der SPD zur Verfügung.

Die Bemühungen der Amerikaner um den Aufbau einer «unabhängigen» Presse entspringen dem Bestreben, das auch auf vielen andern Gebieten zum Ausdruck kommt, amerikanische Institutionen und Gewohnheiten in Deutschland zur Durchsetzung zu bringen. Dabei wird allerdings übersehen, daß das politische Leben in Deutschland, wie in Europa überhaupt, von Grund auf anders geartet ist und auf einer alten, fest eingewurzelten Tradition fußt. Auf die Dauer, vor allem bei einer Intensivierung der allgemeinen politischen Aktivität, wird sich die Herausbildung von selbständigen Parteiorganen kaum verhindern lassen. Die amerikanische Militärregierung nimmt in dieser Hinsicht eine durchaus liberale Haltung ein und hat den zugelassenen Parteien bereits Lizenzen für die Herausgabe von Informationsblättern erteilt. Im übrigen ist sie selbst publizistisch tätig und hat darin unbestreitbare Erfolge aufzuweisen. Die zweimal wöchentlich in München in hoher Auflage erscheinende «*Neue Zeitung*» gehört zu den besten und beliebtesten Zeitungen in ganz Deutschland. Das gleiche gilt für die beiden Monatszeitschriften «*Neue Auslese*» und «*Amerikanische Rundschau*», die Übersetzungen von interessanten literarischen, politischen und wissenschaftlichen Aufsätzen aus aller Welt bringen. Die Auswahl der Aufsätze läßt keinerlei bestimmte weltanschauliche Tendenz, wohl aber außerordentliche Sorgfalt hinsichtlich des Niveaus

erkennen. Beide Zeitschriften sind für die Unterrichtung der deutschen Intellektuellen von größtem Wert.

Die britische Pressepolitik ist zwiespältiger. In den Lizenzbestimmungen der britischen Zone heißt es, daß die Konzessionäre vor der Militärregierung die alleinige Verantwortung tragen, und daß jeder direkte Einfluß einer Partei ausgeschaltet sein soll. Den Parteien wurde aber ein Vorschlagsrecht für die zu lizenzierenden Personen zugestanden. Das hatte zur Folge, daß in den meisten Fällen Lizenzträger und Parteien Abkommen trafen, die den Lizenzbestimmungen widersprachen. Daraus ergaben sich Differenzen und Auseinandersetzungen, die bei einer klaren Formulierung der Vorschriften zu vermeiden gewesen wären.

Die genannten Umstände sowie der in allen Zonen herrschende Papiermangel haben es bisher nicht zur Entstehung von wirklich repräsentativen Zeitungen wie der frühern «Frankfurter Zeitung», des «Vorwärts» usw. kommen lassen. Lediglich der Berliner «*Tagesspiegel*» hat es zu einiger Berühmtheit gebracht, aber weniger auf Grund besonderer Leistung als wegen seiner Rolle als beliebteste Zielscheibe für Angriffe von kommunistischer Seite. Die Wiedergabe von Nachrichten und die Abfassung eigener Kommentare unterliegen weder in der amerikanischen noch in der englischen Zone irgendwelchen Beschränkungen. Sogar maßvolle Kritik an der Besetzungsmacht wird gestattet, und nur grobe Verstöße gegen die allgemeinen Bestimmungen werden geahndet. Man darf sich dabei natürlich keiner Täuschung hingeben. Auch die liberalste Pressepolitik wird es, solange die Besetzung währt, nicht völlig erreichen können, daß die neue deutsche Presse ihre eigentliche Aufgabe erfüllt: getreues Spiegelbild der öffentlichen Meinung zu sein. Weite Kreise der Bevölkerung stehen der heutigen Presse ablehnend gegenüber. «Wir werden ja doch belogen!» kann man häufig hören. Darin kommt zwar nur zum Ausdruck, wie schmerzlich der «Völkische Beobachter» von vielen noch vermißt wird, aber dies gilt es eben als politisches Faktum vorläufig zu akzeptieren. Wie die Dinge nun einmal liegen, muß man notgedrungen von zwei Übeln das kleinere wählen. Die Form der Kontrolle, wie sie in der amerikanischen und britischen Zone ausgeübt wird, ist erträglich und verhindert in keiner Weise eine umfassende und sachliche Berichterstattung über alle wichtigen Fragen der Weltpolitik. Eine Öffnung der Schutzdämme, die gegen die noch latent vorhandene nationalistische und nazistische Flut errichtet worden sind, würde binnen kurzer Zeit das bisher Erreichte wieder fort-schwemmen.

In der französischen Zone sind die Zensurbestimmungen schärfer, so ist zum Beispiel nicht nur jede Kritik an der Besetzungsmacht, sondern sogar die

Berichterstattung über gewisse Maßnahmen der Militärregierung verboten. Auf der andern Seite sind die französischen Behörden sehr bemüht, den deutsch-französischen Gedankenaustausch zu fördern, wodurch vor allem die Zeitschriften der französischen Zone ein besonders hohes Niveau erhalten, zum Beispiel «Die Umschau», «Die Gegenwart», «Lancelot» und andere.

Von den rund 600 Zeitschriften, die heute wieder in ganz Deutschland erscheinen, entfallen etwa 70 auf Religion und Kirche, 60 auf allgemeine Wirtschaft, 60 auf allgemeine Kulturfragen, 50 auf Land- und Forstwirtschaft, 40 auf Jugend- und Studentenfragen, 40 auf Politik, 35 auf Musik, Theater, Film, Literatur und Radio, 30 auf Medizin, 20 auf Philosophie und Pädagogik, 10 auf Frauenfragen, und der Rest verteilt sich auf Familien-, Berufs- und illustrierte Zeitschriften. Unter den Erscheinungsorten stehen Berlin mit 66, Stuttgart mit 60, München mit 48 an der Spitze. Die andern folgen in weitem Abstand, wobei bemerkenswerterweise Heidelberg (mit 13) gleich hinter Frankfurt (mit 15) rangiert. Zum Teil halten sich die Zeitschriften inhaltlich bereits auf einer beachtlichen Höhe, bei den kulturellen, politischen und philosophischen wirkt die langjährige ideologische Lähmung allerdings noch immer nach. Erwähnenswert ist die in München vierzehntägig erscheinende Zeitschrift «Der Ruf / Unabhängige Blätter der jungen Generation», die von einer Gruppe von jungen, aus den USA zurückgekehrten Kriegsgefangenen gegründet wurde. Die Zeitschrift, die von den amerikanischen Behörden besonders gefördert wurde, geriet sehr schnell in ein extrem-nationalistisches Fahrwasser. Nach einem anscheinend notwendig gewordenen Redaktionswechsel trat vorübergehend eine Besserung ein. Ein interessantes Experiment, das es genau zu verfolgen gilt! Bei so mancher Zeitschrift fragt man allerdings vergeblich nach ihrer Daseinsberechtigung und tröstet sich damit, daß sich irgendwann einmal die Spreu vom Weizen sondern werde. Es handelt sich ja in Deutschland um einen doppelten (inneren) Erziehungsprozeß: Sowohl Journalisten und Schriftsteller wie auch die Leser haben noch eine ganze Menge zu lernen.

Der deutsche Journalistennachwuchs bildet ein ernstes Problem, für das der allgemeine Hang zum Feuilleton besonders symptomatisch ist. Zum Teil äußert sich darin eine bewußte *Flucht vor der Politik*, die man in der Befürchtung etwaiger künftiger Folgen nach Möglichkeit meiden möchte. (So weit ist es nämlich schon wieder! Auch die Überfüllung der medizinischen Fakultäten ist größtenteils darauf zurückzuführen. «Alle andern kommen und gehen, nur die Ärzte bleiben!») Eine sehr wesentliche Rolle spielt aber auch der Umstand, daß gerade der angehende junge Journalist die Bildungslücken, die eine zwölfjährige Diktatur aufgerissen hat, besonders schmerzlich

empfindet. Das politische Weltbild, mit dem er aufgewachsen ist, war von primitiver Einfachheit und Klarheit. Heute sieht er (im günstigsten Fall) zwar ein, daß es falsch war, aber die Erarbeitung eines neuen und, wie er es sich vorstellt, «richtigen» Weltbildes muß ihm, dem die allernotwendigsten Grundlagen fehlen, als eine nicht zu bewältigende Aufgabe erscheinen. So zieht er es, von geringen Ausnahmen abgesehen, vor, sich dem Feuilleton, der Sport- oder der Lokalberichterstattung zuzuwenden.

Die Flucht vor und aus der Politik, die auch auf allen andern Lebensgebieten zu beobachten ist, hat ihre Ursache in den durch die militärische Besetzung Deutschlands geschaffenen Bedingungen sowie in der allgemeinen Unsicherheit in bezug auf die zu erwartende Entwicklung. In beider Hinsicht wird sich so bald kaum etwas ändern, und es geht deshalb darum, aus den bestehenden Verhältnissen das Beste herauszuholen. Vielleicht sollte man den Umstand, daß die Deutschen, und vor allem die jungen, heute Gelegenheit haben, die Angehörigen von vier Großmächten unmittelbar kennenzulernen, auf die Dauer gesehen, nicht unterschätzen. Zwar handelt es sich vorwiegend um Soldaten, und der Deutsche folgt wieder nur zu gern seiner Neigung zur Typisierung und Verallgemeinerung. Aber je länger die Besetzung dauert, desto mehr wird auch bei den Okkupanten das Bedürfnis wachsen, mit der Bevölkerung in engeren menschlichen Kontakt zu kommen, sie kennenzulernen und zu verstehen. Bei den Amerikanern und Franzosen zeichnen sich solche Tendenzen bereits deutlich ab. (Die Engländer hindert wohl noch ihre angeborene Zurückhaltung, und die Russen haben es am schwersten, weil sie noch mit den Vorkommnissen aus der ersten Zeit der Besetzung belastet sind und auch ihr jetziges Vorgehen auf nur geringe Gegenliebe stößt.) Für die deutsche Mentalität könnte sich bei einer solchen Entwicklung eine wenn vielleicht auch nur schwache Chance ergeben, aus ihrer bekannten nationalistischen Engstirnigkeit herauszukommen. Damit wäre aber nicht nur eine notwendige Voraussetzung geschaffen für das, was die Engländer «Pressefreudigkeit» nennen, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur allgemeinen Völkerverständigung geliefert.